

AUS DEN SCHULEN

Was habe ich als Jugendlicher von der EU?

Judith Schilling diskutiert mit Schülern der Freiherr-vom-Stein-Schule über Europa

FULDA

Glauben Sie, dass sich Jugendliche genug an der europäischen Politik beteiligen? Welches Land profitiert am meisten von der EU? Die Schülerinnen und Schüler der Freiherr-vom-Stein-Schule haben Judith Schilling, stellvertretende Leiterin der Regionalvertretung der europäischen Kommission in Bonn, mit Fragen zur Europäischen Union gelöchert.

Von unserem Redaktionsmitglied **MARCEL BLUMÖHR**

Austauschprogramme wie Erasmus und Erasmus+, keine Grenzkontrollen, einen europaweit gültigen Führerschein und die Abschaffung von Roaming-Gebühren. Das sind laut Schilling nur einige Beispiele dafür, wie die EU den Alltag der Schüler beeinflusst – ihrer Meinung nach verbessert. Sie erläuterte in einem einstündigen Vortrag, wie die Organe der EU funktionieren und wie die EU die Gesetzgebung beeinflusst.

Die EU stellt Richtlinien auf. Die nationalen Regierungen beschließen die Gesetze, wie diese Richtlinien erreicht werden. Das ist Schilling beson-



Judith Schilling forderte alle Zuhörer auf, zur Europawahl zu gehen.

Foto: Marcel Blumöhr

ders wichtig. So hätten Diesel-fahrverbote nur indirekt mit den EU-Grenzwerten zu tun. „Die EU hat die Grenzwerte festgelegt, aber die deutsche Politik hat die Diesel-Fahrverbote beschlossen“, erklärte Schilling.

Sie lieferte viele gute Argumente, warum gerade junge Menschen die EU unterstützen sollten. „Die EU sorgt nicht nur seit Jahrzehnten für Frieden in Europa, ermöglicht euch ohne Reisepass nach Malle zu flie-

gen, sondern beeinflusst euer alltägliches Leben in vielen Bereichen.“ Zu nennen sei dabei der Verbraucherschutz durch zahlreiche EU-weit gültige Zertifikate, der Tierschutz, Zug- und Fluggastrechte.

Die Mitarbeiterin der Europäischen Kommission räumte auch mit einem Mythos auf. So sei der angeblich so riesige Beamtenapparat der EU im Vergleich zu Deutschland relativ klein. „Die Europäische Kommission beschäftigt rund

32 000 Mitarbeiter, das sind weniger als bei der Landesverwaltung des Saarlandes oder der Stadtverwaltung Münchens arbeiten.“ Und von dem Budget von 165,8 Milliarden Euro, flössen 96 Prozent durch verschiedene Programme wieder zurück an die Mitgliedsstaaten. Nur sechs Prozent werden in die Verwaltung der Europäischen Union gesteckt.

Die Schüler diskutierten auch darüber, ob die Richtlinien der EU nicht Auslöser der

Fahrverbote wären. Oder ob die EU nicht ein Vermittlungsproblem bei der neuen Datenschutzgrundverordnung habe. Beides bestätigte Schilling, wobei sie darauf hinwies, dass Fahrverbote nur eine Möglichkeit seien, die Grenzwerte einzuhalten. Auf die Frage, ob sich Jugendliche ihrer Meinung nach genug für Europa einsetzen, nannte sie das Beispiel der Brexit-Abstimmung, bei der viele junge Menschen nicht teilgenommen haben. Die EU

müsse ihre Arbeit besser vermitteln und auch mehr in Schulen und Hochschulen gehen.

Zum Abschluss erinnerte Schilling an die Wahl des Europäischen Parlaments. „Bitte geht am 26. Mai wählen, denn je höher die Wahlbeteiligung desto schlechter schneiden die anti-europäischen Parteien ab. Wer noch nicht wählen kann: Sprecht Eltern, Geschwister und andere an und erzählt, was ihr heute erfahren habt.“